V e r h a n d l u n g s s c h r i f t Nr. 10

über die G e m e i n d e r a t s s i t z u n g am Freitag, dem 16. Dezember 1992, um 18 Uhr im Rathaus, Paracelsussaal.

T a g e s o r d n u n g

F r a g e s t u n d e

1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

2.) Wasserverband Ossiacher See - Haftungsübernahme BA 09 Feldkirchen
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher

3.) Überplanmäßige Ausgaben
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher

4.) Außerplanmäßige Ausgaben
Berichterstatter: Vizebgm. Mag. Monika Kohl-Kircher

5.) Verlegung des Geh- und Radweges zwischen Aufeldgasse und Burgenlandstraße
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter

6.) Grundkauf durch die Stadt Villach von der Agrargemeinschaft Perau-Agathen aus dem Grundstück 333/13, KG Perau
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter

7.) Kaufvertrag Grundverkauf an die Gemeinnützige Treibacher Siedlungs GesmbH mit der Stadt Villach, Grundstück 155/3 - Sonderwohnbau "Seebacherhof" durch die Gemeinnützige Treibacher Siedlungs GesmbH Burgenlandstraße/A.-v.-Welsbach-Straße - Nachtrag
Berichterstatter: Vizebgm. Hans-Peter Binter

8.) Voranschlag der Unternehmungen 1993
Berichterstatter: Stadtrat Franz Pacher

9.) Schriftliche Anfragen (§ 38 Villacher Stadtrecht) und Anträge

Anwesende

Bürgermeister Helmut Manzenreiter

1. Vizebürgermeisterin Mag. Monika Kohl-Kircher

GR Harald Sobe
für 2. Vizebürgermeister Hans-Peter Binter

Stadtrat Walter Ladstätter

Stadtrat Franz Pacher

Stadtrat Matthias Smoliner

Stadtrat Dr. Hans-Jörg Clar

Stadtrat Ing. Gerd Klamt

GR Kom.Rat Dkfm. Dr. Gerhard Ertl
für Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe

GR Prof. Mag. Werner Raup

GR Christian Luser

GR Kurt Schneider
für GR Kurt Pinteritsch

GR Isidor Scheriau

GR Lorenz Samnitz

GR Hilde Schaumberger

GR Theodor Maier

GR Ludwig Oitzinger
für GR Harald Sobe

GR Adolf Kopeinig

GR Arch. Ing. Horst Eder

GR Richard Pfeiler - bis 18.45 Uhr
GR Gerhard Kofler - ab 18.45 Uhr

GR Monika Obergantschnig
für GR Erika Lassnig

GR Rudolf Unterköfler
für GR Dieter Haslinger

GR Ing. Karl Woschitz

GR Helmut Treiber
für GR Direktor Helmut Raup

GR Dir. Mag. Dr. Josef Koschitz

GR Günther Stastny

GR Mag. Heinz Maurer

GR Gertrude Vais

GR Johann Ebner

GR Waltraud Rettl

GR Dr. Kurt Assmann

GR Sigrid Steinkellner

GR Ing. Siegfried Andronik

GR Roland Zellot

GR Otto Skedl

GR Herwig Zussner

GR Dr. Josef Löberbauer

GR Günter Malle
für GR Kom.-Rat Dkfm. Dr. Gerhard Ertl

GR Friederike Lausegger

GR Johann Kreschischnig

GR Heimo Schlosser

GR Helmut Hinterleitner

GR Mag. Herwig Burian

GR Mag. Hans Haider

GR Hofrat Mag. Karl Henhapl
für GR Josef Spitzer

Magistratsdirektor Dr. Bruno Katholnig

Baudirektor Dipl.-Ing. Karl Pühringer

Finanzdirektor Manfred Stampfer

Schriftführung: Eva Lambrecht

Bürgermeister Manzenreiter begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlußfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Für Vizebürgermeister Hans-Peter Binter (Kur) ist sein Vertreter Gemeinderat Harald Sobe, für Stadtrat Ing. Ferdinand Truppe (Sitzung in Wien) ist sein Vertreter Gemeinderat Kommerzialrat Dkfm. Dr. Gerhard Ertl, für Gemeinderat Kurt Pinteritsch (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Kurt Schneider, für Gemeinderat Harald Sobe ist Gemeinderat Ludwig Oitzinger, für Gemeinderat Richard Pfeiler ist ab 18.45 Uhr (Sitzung Elternvereinigung) Gemeinderat Gerhard Kofler, für Frau Gemeinderätin Erika Lassnig (Krankenhaus) ist Frau Gemeinderätin Monika Obergantschnig, für Gemeinderat Dieter Haslinger (Kur) ist Gemeinderat Rudolf Unterköfler, für Gemeinderat Direktor Helmut Raup (Schulveranstaltung) ist Gemeinderat Helmut Treiber, für Gemeinderat Kom.Rat Dkfm. Dr. Gerhard Ertl ist Gemeinderat Günter Malle und für Gemeinderat Josef Spitzer (dienstlich verhindert) ist Gemeinderat Hofrat Mag. Karl Henhapl anwesend.

Zu Protokollprüfern werden Gemeinderat Christian Luser (SPÖ) und Gemeinderat Heimo Schlosser (ÖVP) bestellt.

Das Protokoll der letzten Sitzung ist noch nicht aufgelegen und kann daher heute noch nicht beraten und beschlossen werden.

Gemeinderat Samnitz meldet sich zur Tagesordnung und meint, daß heute die 10. Gemeinderatssitzung des Jahres 1992 stattfindet. Dieses Jahr wird sicherlich als Rekordjahr in die Geschichte eingehen. Er ist sehr froh, daß auf der Tagesordnung neun Tagesordnungspunkte

angeführt sind. Der eigentliche Anlaß für zumindest zwei zusätzliche Gemeinderatssitzungen in diesem Jahr war aber ÖVP-Stadtrat Franz Pacher. Bei der ersten Sitzung vor einigen Monaten gab es einen Rücktritt zwecks Referatswechsel. Zwei Wochen später erfolgte eine neue Angelobung, worüber in der Presse gestanden ist: "ÖVP-Stadtrat Pacher folgt ÖVP-Stadtrat Pacher." Heute hat sich die Neuverteilung der Referate als richtig herausgestellt, und die heutige Sitzung ist nur deshalb notwendig, weil Stadtrat Pacher bei der letzten Gemeinderatssitzung nicht zu seinem eigenen Amtsvortrag gestanden ist, denn er hätte damals auf die Frage des Bürgermeisters, ob er zu seinem Amtsvortrag steht oder nicht, nur ja zu sagen brauchen. Stadtrat Pacher ist also zu seinem eigenen von ihm selbst unterschriebenen Amtsvortrag nicht gestanden. Entweder war sein eigener Amtsvortrag zu wenig bekannt, der Informationsstand zu gering, um vor dem Gemeinderat Stellung nehmen zu können, oder hat Stadtrat Pacher die Sache überhaupt zu oberflächlich angenommen. Er ärgert sich nicht wegen einer zusätzlichen Gemeinderatssitzung, aber er hat kein Verständnis dafür, wenn jemand immer von Hauptberuflichkeit spricht und dann sein Referat hobbymäßig betreibt. Stadtrat Pacher hat immer von Kompetenz im Wirtschaftsbereich gesprochen. Als Unternehmer muß er sagen, daß Stadtrat Pacher in seiner Funktion als Stadtrat in Villach im Jahre 1992 keine schwarzen Zahlen schreiben wird, und er wünscht sich für das Jahr 1993, daß sich Stadtrat Pacher in seinem Referat mehr engagiert, weniger oberflächlich ist, mehr Fleiß aufbringt. Dann wird es sicherlich gemeinsam ein besseres Jahr 1993 werden!

Gemeinderat Pfeiler schließt sich den Äußerungen seines Vorredners insofern an, als er auch glaubt, daß es wichtig ist, daß die Öffentlichkeit - das sind die anwesenden Bürger dieser Stadt und vor allem die

Journalisten - über die unglaublichen Hintergründe, die unter anderem zur Einberufung dieser außerplanmäßigen Gemeinderatsitzung geführt haben, nicht im Dunkeln bleibt. Wie eine Bombe platzte die Ungeheuerlichkeit in der Budgetsitzung am 27.11.1992. Ein Teilschlußbericht des Kontrollamtes über das Gas- und Wasserwerk der Stadt Villach, datiert mit 19.9.1992, wurde vom Kontrollamt an den Kontrollausschuß übermittelt, blieb aber beim Obmann dieses Ausschusses, dem FPÖ-Gemeinderatsmitglied Ing. Siegfried Andronik, hängen und wurde von ihm nicht an den Ausschuß zur geschäftsmäßigen Behandlung weitergeleitet. Sechs Wochen vergingen, zwei Kontrollausschußsitzungen fanden statt, aber Gemeinderat Ing. Andronik dachte nicht daran, diesen Bericht seinem Ausschuß vorzulegen! Der brisante Inhalt dieses Teilschlußberichtes macht diesen beispiellosen Akt des Gemeinderates Ing. Andronik zum Skandal. Der Bericht kritisiert eine lange Reihe von Unregelmäßigkeiten, die in den seinerzeitigen Verantwortungsbereich als Werksreferent des Andronik-Parteifreundes Stadtrat Ladstätter fällt. Wollte Gemeinderat Ing. Andronik Stadtrat Ladstätter auf diese Weise unbeschadet über die Budgetdebatte hinüberretten? Den Verdacht, seine überparteiische Rolle als Obmann des Kontrollausschusses des Villacher Gemeinderates mißbraucht zu haben, konnte Ing. Andronik bis heute nicht entkräften. Nach einem ersten Versuch, zu leugnen, diesen Bericht überhaupt bekommen zu haben, versuchte Gemeinderat Ing. Andronik, den Bericht abzuqualifizieren und Beamte des Kontrollamtes, die vom Rechnungshof erst kürzlich bestätigt bekommen haben, daß sie effizient und objektiv arbeiten und ihre Arbeit hervorragend erledigen, zu diskreditieren und zu diffamieren. Gegenseitig schützend, erhielt er sofort Hilfe von Stadtrat Ladstätter, der postwendend öffentlich dem Kontrollamt Sterndeuterei vorwarf. Warum wußte Stadtrat Ladstätter über den Inhalt dieses Berichtes überhaupt Bescheid? Wenn

er von Sterndeuterei spricht, muß er diesen Bericht kennen, obwohl dieser dem Kontrollausschuß, dem eigentlichen Ausschuß, noch nicht bekannt war. Das sind Fragen über Fragen, die offen bleiben und den Einzelschluß zulassen, daß einigen Mitgliedern der FPÖ-Fraktion in diesem Hause nicht nur der FPÖ gegenüber Kadavergehorsam vor Villacher Interessen geht, sondern daß sie auch ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie haben. Faktum ist, daß die FPÖ-Gemeinderatsmitglieder hier ferngesteuert agieren und daß ihre Aggression dann wächst, wenn sich ihr Stadtparteiobmann Rumpold im Saale befindet. Das ist ein einzigartiges negatives Novum. FPÖ-Stadtparteiobmann Rumpold war offensichtlich zu feige, sich bei den letzten Gemeinderatswahlen dem Wähler zu stellen, und bedient sich nun der FPÖ-Gemeinderatsmitglieder als Medium, das jahrzehntelange positive Klima in diesem Gemeinderat zu zerstören. In Wirklichkeit ist die FPÖ schon längst zur Anti-Villach-Partei geworden.

Gemeinderat Ing. Andronik teilt mit, daß er in der letzten Gemeinderatssitzung eindeutig erklärt hat, warum er diesen Kontrollamtsbericht noch nicht dem Ausschuß vorgelegt hat. Wer bei der letzten Sitzung anwesend war, konnte mithören und feststellen, daß das immer noch ein Fragment ist, und er behauptet das heute noch einmal. Das ist ein Fragment, und es sind wichtige Punkte, die der Referent Ladstätter seinerzeit im Prüfungsauftrag beantragt hat, nicht behandelt worden. Dieser Kontrollamtsbericht wurde von Nichtfachleuten erstellt, obwohl der Referent den Bürgermeister gebeten hat, er möge Fachleute damit beauftragen. Bürgermeister Manzenreiter hat sogar an das Kontrollamt ein Schreiben gerichtet mit der Frage, ob das Kontrollamt fachlich und personell in der Lage ist, das Gas- und Wasserwerk zu prüfen - und hier muß er dem

Kontrollamt den Vorwurf machen, denn das Kontrollamt hat eindeutig ja dazu gesagt. Aber die Prüfung, so wie sie jetzt vorliegt, ist nicht fachgerecht erstellt worden.

Bürgermeister Manzenreiter möchte zu seiner Rolle sagen, daß Stadtrat Ladstätter eine Prüfung durch das Kontrollamt und/oder externe Leute beantragt hat. Er hat daraufhin natürlich die Mitarbeiter des Kontrollamtes befragt, ob sie sich in der Lage sehen, das zu tun, und sie haben erklärt, daß sie dazu in der Lage sind.

Gemeinderat HR Mag. Henhapl führt aus, daß man manchmal als kleine Fraktion den Eindruck hat, hier werden Gemeinderatssitzungen bestellt, damit die Presse wieder etwas zu berichten hat. Was die Unterlagen für die Sitzungen betrifft, so ist festzustellen, daß man als Nicht-Stadtsenatsfraktion gar nicht die Möglichkeit hat, die Hintergründe zu eruieren. Es wäre daher bedeutend besser, öfter Gemeinderatssitzungen mit einer kleineren Tagesordnung abzuhalten und dafür die einzelnen Punkte intensiver zu beraten.

Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen; sie gilt somit als genehmigt.

F r a g e s t u n d e

1.) Anfrage von Gemeinderat Dietmar Samnitz betreffend Sport-, Freizeit- und Kulturanlagen des ehemaligen Zellstoffwerkes Villach

Gemeinderat Samnitz stellt nachstehende Anfrage:

"Der geschäftsführende Landesparteiobmann der FPÖ, Herr Vizebürgermeister Reinhart Gaugg, verwahrt sich in Presseaussendungen dagegen, daß das Land Kärnten die Zellstoffgrundstücke in Villach, welche von der Hallein Papier AG. um 20 Millionen Schilling erworben wurden, nun seiner Auffassung nach um 5 Millionen Schilling an die Stadt Villach verschenkt werden sollen.

Die Sport-, Freizeit- und Kulturanlagen wurden von den jeweiligen Betreibern des Zellstoffwerkes über Jahrzehnte den Vereinen und der Bevölkerung für sportliche und kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung gestellt.

Seit der Schließung der Fabrik stehen nun 14 Vereinen keine entsprechenden Räumlichkeiten mehr zur Verfügung, sodaß Veranstaltungen in andere Stadtteile verlegt werden müssen. Dieser Zustand kann von der Bevölkerung dieses großen Stadtteiles (St. Magdalen, St. Ulrich und Seebach) von Villach auf Dauer nicht hingenommen werden.

Durch diese Presseaussendungen von Herrn Gaugg bin ich und die gesamte Bevölkerung dieses Stadtteiles in tiefer Sorge um die weitere Entwicklung dieser Anlagen und stelle somit an Sie, werte Frau Referentin, die Anfrage:

Wie stehen die Verhandlungen mit dem Land Kärnten, diese Anlagen käuflich zu erwerben, um somit wie früher das Gefolgschaftshaus, die Kegelbahn, Stockschießbahn und das Freibad für die Bevölkerung und die 14 Vereine seitens der Stadt Villach wieder zur Verfügung zu stellen?"

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher beantwortet die Anfrage wie folgt:

"Seit der Schließung der Zellstoff Magdalen stehen die Sozialeinrichtungen des Unternehmens den Bürgern der Stadtteile St. Magdalen, St. Ulrich und Seebach, wie bereits erwähnt, nicht mehr zur Verfügung.

Aus diesem Grunde hat die Stadt Villach bereits im Jahre 1990 beim Masseverwalter das Interesse an einem Erwerb dieser Grundstücke bzw. Objekte angemeldet und hat ersucht, für eine Aufhebung des Benützungsvertrages der ZV für diese Parzellen zu sorgen, damit die Verhandlungen mit dem Land Kärnten eingeleitet werden können. Mit dieser Maßnahme sollten die Einrichtungen in St. Magdalen, die von großem öffentlichen Interesse sind, für die Bevölkerung dieser Stadtteile erhalten werden. Im einzelnen handelt es sich, wie kurz von Ihnen angeschnitten, um das Freibad am Magdalener See, um das Gefolgschaftshaus mit der beigeschlossenen Kegelbahn und den Grundflächen, um den Sportplatz mit Nebeneinrichtungen, wie Stockschießanlage, um das Feuerwehrhaus mit der dazugehörigen Grundfläche sowie eine Reihe von Grundflächen, die nicht direkt dem Betriebsareal zuzurechnen sind. Anläßlich einer Anfrage wurde diese Absicht vom damaligen Finanzreferenten Haslinger auch dem Villacher Gemeinderat am 30.11.1990 mitgeteilt.

In der Sitzung am 22.5.1991 informierte auch Bürgermeister Manzenreiter den Villacher Stadtsenat offiziell darüber, daß alle Einrichtungen der ZV, die außerhalb des Betriebes entweder der gesamten Öffentlichkeit oder den ehemaligen Betriebsangehörigen zur Verfügung gestellt wurden, von der Stadt mit einem Kaufinteresse, d. h. mit einem Anbot an das Land Kärnten, belegt worden sind. Diesem Wunsch der Stadt Villach kam Landesfinanzreferent Max Rauscher erfreulicherweise insofern nach, als er die betreffenden Grundstücke und Objekte vorerst der Stadt zur einstweiligen Verwaltung übertrug und im März dieses Jahres die Kaufverhandlungen vom Land mit der Stadt Villach auch aufgenommen wurden. Ab diesem Zeitpunkt wurden die Verhandlungen von den jeweiligen Baureferaten geführt. Seitens des Landes - Abteilung 16 - als auch von der Stadt Villach wurden Schätzgutachten erstellt, und es ergab die von der Baudirektion vorgenommene Kostenschätzung einen Gesamtbetrag von S 4,965.000,--, der als Anbot der Stadt Villach dem Land bekanntgegeben und auch von diesem anerkannt wurde.

Aufgrund der von der Landesregierung in den letzten Tagen erfolgten Beschlußfassung ist nun gewährleistet, daß die Gemeinschaftsanlagen in St. Magdalen im Besitz der Stadt Villach sein werden und daher auch in Zukunft der Bevölkerung, vor allem den vielen Vereinen der genannten Ortsteile, als Heimstätte zur Verfügung stehen. Ich möchte auch ganz klar feststellen, daß in diesem Ankauf entgegen allen Spekulationen und FPÖ-Pressekonferenzen das Betriebsareal der ZV nicht inkludiert ist. Es besteht seitens der Stadt größtes Interesse betreffend die zukünftige Verwendung dieses Grundstückes für Betriebsansiedlungen, wie dies auch von mir bereits mehrfach bekundet wurde. Es ist für die Stadt Villach äußerst wichtig, daß diese Grundflächen im Besitz der öffentlichen Hand bleiben,

um künftig nicht als Spekulationsobjekt verwendet zu werden. Es wurde von Bürgermeister Manzenreiter und mir als Finanzreferentin mit dem Landesfinanzreferenten auch vereinbart, daß in Hinkunft über die wirtschaftliche Verwertung und Nutzung dieses Betriebsareals anhand konkreter Investitionsvorhaben gemeinsame Entscheidungen getroffen und gemeinsame Projekte entwickelt werden.

Ich hoffe, daß ich mit dieser ausführlichen Beantwortung über die weitere Entwicklung, vor allem der Gemeinschaftsanlagen in St. Magdalen, dem Gemeinderat, besonders aber der Bevölkerung dieser Stadtteile eine erfreuliche Mitteilung machen konnte."

Erste Zusatzfrage:

Gemeinderat Samnitz fragt, ob sich Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher erklären kann, warum FPÖ-Obmann Gaugg, der der erste Vorsitzende des Magdalenuntersuchungsausschusses war, auf 20 Millionen Schilling kommt, und ob ihr eine kritische Äußerung von Villacher FPÖ-Mandataren zur Gaugg-Aussage bekannt ist.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher beantwortet die Zusatzfrage dahingehend, daß die 20 Millionen Schilling, bei denen Vizebürgermeister Gaugg einer groben Verwechslung erlegen ist, der damalige Kaufpreis des Landes Kärnten waren. Die Verwechslung besteht darin, daß Vizebürgermeister Gaugg nicht unterschieden hat und auch nicht unterscheiden konnte zwischen den öffentlichen Anlagen, wie bereits vorhin erwähnt, die die Stadt Villach erwerben wird, und dem riesigen Betriebsansiedlungsareal. Allein für dieses Betriebsansiedlungsareal sind 20 Millionen Schilling von de-facto-Interesse. Die Absichten, die aber auch vielleicht hinter diesen Landes-FPÖ-Meinungen

stehen, kann man dem Parteiorgan der FPÖ-Fraktion unter der Glosse "Hieb und Stich" entnehmen. Man wird gleich merken, warum die Glosse "Hieb und Stich" heißt und nicht "Hieb- und stichfest". Hier wird positiv geschildert, daß sich die FPÖ-Regierungsmitglieder gegen den Verkauf des Feuerwehrhauses, des Bades usw. an die Stadt Villach, ausgesprochen und in der Regierung dagegen gestimmt haben, weil da ein Traumpreis von 4,9 Millionen Schilling an Villach geboten wird. Es wird von einem Freundschaftsdienst an Bürgermeister Manzenreiter geredet, denn die fragwürdige Bewertung der Grundstücke wurde von Beamten der Landesregierung vorgenommen. Ein detailliertes Schätzgutachten oder gar einen Willen zur öffentlichen Ausschreibung gibt es nicht. Die Linie der FPÖ-Fraktion lautet eindeutig, diese Grundstücke sollten alle öffentlich ausgeschrieben werden und eventuell in den Besitz von Privaten übergehen, was ihrer Meinung vollkommen gegen die Interessen der dortigen Bevölkerung gehen würde. Die Glosse kommt zum Schluß: "Wozu sollen Grundstücke, die demnächst in eine gemeinsame Gesellschaft eingebracht werden können, einem zukünftigen Partner in dieser Gesellschaft spottbillig verkauft werden, würde sich ein vernunftbegabter Landesbürger fragen. Aber bekanntlich funktionieren die Gehirne mancher Landespolitiker anders." Soweit die Einschätzung der Landes-FPÖ. Von Villacher Mandataren ist ihr diesbezüglich kein Protest oder keine Stellungnahme im Interesse der Villacher Bevölkerung bekannt.

Zweite Zusatzfrage:

Gemeinderat Samnitz stellt die Frage, ob der weitere Ausbau des Radweges zum Silbersee, der über das Gelände der ehemaligen Zellulosefabrik führen soll, gefährdet ist.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher beantwortet die Zusatzfrage dahingehend, daß der weitere Ausbau des Radweges im Moment sicher noch nicht gefährdet ist. Aber der Beschluß des Verkaufes dieser Grundstücke an die Stadt Villach war ihres Wissens erst in der Landesregierung, wurde noch nicht vom Landtag als Gremium beschlossen und ist somit noch nicht rechtskräftig. Wenn diese Linie weiterverfolgt wird, ist sicher zu befürchten, daß durch einen anderen Beschluß im Kärntner Landtag auch die Weiterführung des Radweges Silbersee gefährdet wird.

Ende der Fragestunde: 18.25 Uhr

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 1.) Mitteilungen des Bürgermeisters

a) Förderungszusicherung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

Bltg. 1

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit daß die Förderungszusicherung des Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds für die Regionalkläranlage, im besonderen für die biologische Stufe, eingelangt ist. Das Erfreuliche daran ist, daß die Förderung im Höchstsatz, der noch in den alten Richtlinien vorgesehen war, von 80 % für die regionale Abwasserreinigung und 80 % für die regionale Schlammbehandlung erfolgt. Die förderbaren Investitionskosten gehen von 506 Millionen Schilling aus, und diese Zusicherung ist binnen drei Monaten vom Förderungswerber anzunehmen, damit sie Rechtskraft erhält.

Damit ist die Förderung für die größte Umweltschutzmaßnahme im Bereich der Stadt Villach durch den Wasserwirtschaftsfonds gesichert. Landespolitiker, vor allem Landesrat Schiller, haben sich bemüht, daß dieses Projekt noch nach den alten Sätzen gefördert wird. Es ist eines der letzten Projekte oder überhaupt das letzte, das nach diesen günstigen Bedingungen gefördert wird. Dadurch erspart man sich Gebührenerhöhungen, die sonst auf die Bürger im Einzugsgebiet zugekommen wären.

Gemeinderat Stastny teilt mit, daß er heute über etwas ausgesprochen Positives und dann über etwas ausgesprochen Negatives sprechen möchte. Das Positive, das die Mitglieder des Gemeinderates von Bürgermeister Manzenreiter bereits gehört haben, ist die endgültige Zusicherung der Förderung der biologischen Kläranlage. Bezüglich

des Werdeganges dieser Zusicherung muß man sich fragen, welche Feststellungen getroffen wurden, die jetzt durch die Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds vom 19.11.1992 endgültig widerlegt wurden. In diesem Zusammenhang sind vielleicht drei Feststellungen angebracht:

1.) Die endgültige Finanzierungssicherung dieses Projektes
2.) die 80 bis 90 %ige Reinigung der anfallenden Abwässer
3.) der Prozentsatz der Villacher Haushalte, die an das bestehende Kanalnetz angeschlossen sind, bewegt sich in einem Bereich von ca. 85 %.

Hier muß man feststellen: Das ist aktiver Umweltschutz.

Nun kommt er zum negativen Bereich. Es gibt im Gemeinderat eine Fraktion, deren Beitrag zu diesem Vorhaben - und nicht nur zu diesem Vorhaben - der folgende ist: Schlecht machen, verhindern und skandalisieren. In diesem Fall muß man sich fragen, wem dies zuzuordnen ist. Das ist eindeutig die FPÖ-Fraktion. In bezug auf das von ihm angeführte Vorhaben muß man feststellen, daß sich der Bogen von den Aussagen von Stadtrat Ladstätter in einer FPÖ-Zeitung bis zur Feststellung bezüglich des Stadtrates Ing. Klamt spannt. Bezüglich der Realisierung und Durchsetzung der endgültigen Sicherstellung der Finanzierung sind ihm keinerlei Aussagen von Stadtrat Ing. Klamt bekannt, in denen dieser versucht hätte, positive Maßnahmen zu setzen, um die Realisierung sicherzustellen. Er läßt sich aber gerne eines Besseren belehren. Er ist daher ein Umweltstadtrat, der eigentlich seinem Aufgabenbereich nicht nachkommt.

Das Zweite wäre ein Fremdenverkehrsstadtrat, der eigentlich grundsätzlich eine Gefährdung der Fremdenverkehrswirtschaft betreibt, denn bekanntlich ist die Reinigung der Abwässer ein sehr maßgebliches Standbein des Fremdenverkehrs, nicht nur umweltbedingt erforderlich, sondern auch menschenfreundlich und den Menschen zugeneigt. Abschließend stellt er fest, daß das ja eigentlich in diesem Bereich gut dazupaßt, und gut ist in diesem Fall schlecht. Wenn man von einem Kontrollausschußobmann sagen muß, daß dieser seinen gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommt, so ist das ein sehr trauriges Zustandsbild. Er möchte sich hier etwaige Rücktrittsaufforderungen ersparen, aber diesen ersuchen, für die Stadt Villach positiv zu arbeiten.

Gemeinderat Samnitz teilt seine Freude über diese Förderungszusage, über die Bürgermeister Manzenreiter berichtet hat, mit. Dies wird für Villach und die Umwelt eine wichtige Baumaßnahme sein trotz der Unkenrufe bei der letzten Gemeinderatssitzung, in der FPÖ-Stadtrat Ladstätter davon gesprochen hat, daß das nach Magdalen und dem Feuerwehrzentrum der dritte Megaskandal werden wird, da bis jetzt die Finanzierung nicht gesichert ist. Stadtrat Ladstätter hat damals Bürgermeister Manzenreiter nicht geglaubt, daß man die mündliche Zusicherung schon hat und noch auf die schriftliche wartet. Er ist froh, daß in Villach trotz dieser Unkenrufe, trotz Verhinderungs- und Skandalisierungspolitik der Abserviererpartie FPÖ in Villach noch immer etwas weitergeht. Es ist natürlich traurig, daß nach mehr als 40 Jahren sachlicher Arbeit im Villacher Gemeinderat jetzt fast keine einstimmigen Beschlüsse für wichtige Baumaßnahmen mehr möglich sind. Wenn er an Stadtrat Thaler zurückdenkt, der mit fast seiner gesamten Gemeinderatsmannschaft abserviert wurde, so war es damals möglich, wichtige Projekte, wie z. B. die Draustufe Vil-

lach und die Autobahnumfahrung Villach, durchzusetzen. Mit der heutigen FPÖ-Fraktion ist so etwas für ihn undenkbar. Der FPÖ-Fraktion ist der Schaden für Villach anscheinend lieber als der Erfolg, denn sonst könnte es nicht solche Aussagen geben, wie z. B. Gemeinderat Zussner bei einer Veranstaltung behauptet hat, daß die Stadt Villach zu den Villacher Brücken viel zu wenig dazugezahlt hat und der arme Bund so viel übernehmen mußte. Weiters hat sich gegen die Schnapsidee von Landeshauptmann-Stellvertreter Ing. Reichhold, die Sanierung der Kriegsbrücke ohne Ersatzbrücke durchzuführen, kein Villacher Gemeinderatsmitglied gewehrt. Auf der anderen Seite hat man gehört, daß man unter Umständen den Hauptplatz opfern könnte. Mit dieser Partei sieht er keine Möglichkeit, gemeinsam große Projekte durchzuziehen. Der Grund ist immer der, daß man der Mehrheitspartei die Schuld zuweist und sich selbst aus der Verantwortung schleicht. Er dankt abschließend den Verhandlern dafür, daß sie diese günstige Finanzierung nach den alten Richtlinien erreicht haben.

Zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Manzenreiter übernimmt den Vorsitz.

Pkt. 2.) Wasserverband Ossiacher See - Haftungsübernahme BA 09 Feldkirchen

Blg. 2

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanzdirektion vom 23.10.1992.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

Die Stadt Villach verpflichtet sich gemäß dem Wasserbautenförderungsgesetz sowie den Wasserwirtschaftsfonds-Förderungsrichtlinien, jeweils in der derzeit geltenden Fassung, für die Rückzahlung samt anfallender Zinsen des vom UWW-Fonds dem Wasserverband Ossiacher See zur Errichtung der Kanalisationsanlage "BA 09 - Feldkirchen" gewährten Fondsdarlehens von S 73,450.000,-- mit dem auf die Stadt entfallenden prozentmäßigen Anteil von 28,30 %, d. s. S 20,786.350,--, als Bürge und Zahler gemäß § 1357 ABGB zu haften.

Mit diesem Gemeinderatsbeschluß über die neue Haftungsübernahme für den gesamten BA 09 Feldkirchen verliert der Gemeinderatsbeschluß über die Haftungsübernahme für den gleichen Bauabschnitt, Bauteil A, in der Höhe von S 6,573.241,-- seine Gültigkeit.

Pkt. 3.) Überplanmäßige Ausgaben

Blg. 3

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanz- und Vermögensverwaltung vom 4.12.1992.

Gemeinderat HR Mag. Henhapl bezieht sich auf die Fragestunde und stellt fest, daß er bezüglich solcher bestellter Anfragen der Ansicht ist, daß die Einberufung einer Gemeinderatssitzung nicht notwendig gewesen wäre, um so etwas an die Presse weiterzugeben. Das hätte auch die Pressestelle tun können. Zu diesem Tagesordnungspunkt ist festzustellen, daß seiner Fraktion zur Information lediglich der Amtsvortrag zur Verfügung steht, weshalb er hier einige Fragen stellen muß. Bei den überplanmäßigen Ausgaben fällt ihm auf, daß S 81.000,-- an Telefongebühren vorgeschrieben sind. Das soll aber noch nicht die letzte Vorschreibung für das heurige Jahr sein, und er fragt sich daher, für welchen Zeitraum diese Vorschreibung, die ziemlich hoch ist, gilt. Er stellt die Frage, wie hoch die gesamte Vorschreibung für das vergangene Jahr ist und ob die Kosten der Mobiltelefone der Stadträte darin enthalten sind. Eine andere Frage bezieht sich auf etwas Ähnliches, nämlich um die Vorschreibung der Betriebs- und Heizungskosten für das Bildungszentrum St. Martin. Es ist ihm nicht bekannt, daß über den Sommer, der heuer sehr heiß war, geheizt werden mußte, und er fragt, warum die Heizungsrechnung erst im Dezember kommt, sodaß man eine überplanmäßige Beschlußfassung durchführen muß. Ein weiterer Punkt betrifft die Gleichenfeier Bauteil D Feuerwehrzentrum in Höhe von S 20.000,--. Nun wundert es ihn nicht mehr, daß das Feuerwehrzentrum so teuer wird. Er fragt, wieviel eigentlich die Bauteile A, B und C gekostet haben. Er sieht nicht ein, daß man als Gemeinde diese Gleichenfeier zu bezahlen hat, und wird daher dieser überplanmäßi-

gen Ausgabe nicht zustimmen. Seiner Meinung nach soll das vom planenden Architekten, aber nicht aus Steuergeldern bezahlt werden. Bezüglich der Tanzböden und Verkaufshütten stellt er fest, daß er hier zwar Ausgaben findet, aber nirgends im Budget die dazugehörigen Einnahmen.

Gemeinderat Mag. Haider teilt mit, daß er auch den Punkt mit der Feuerwehr anschneiden wollte, und zwar die Gleichenfeier für das Feuerwehrzentrum, Bauteil D, in Höhe von S 20.000,--. Anscheinend hat es auch die Bauabschnitte A, B und C gegeben und geht vielleicht noch mit E und F weiter, sodaß man unter Umständen auf eine Gleichenfeiersumme von über S 100.000,-- kommt. Er hätte gerne eine Aufklärung darüber, ob seine Vermutung stimmt.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher stellt zu der Anspielung von Gemeinderat Mag. Henhapl fest, daß bereits zu Beginn der Sitzung klargestellt wurde, daß man wegen einer Anfrage sicher keine Gemeinderatssitzung einberufen hat und das auch in Zukunft nicht tun wird. Zu der Aussage von Gemeinderat HR Mag. Henhapl, daß man das auch über die Presse machen hätte können, ist zu sagen, daß es immer noch besser ist, wenn so wichtige Mitteilungen im Gemeinderat gemacht werden, als über die Presse. Das ist hier schon mehrmals beklagt worden. Es wundert sie daher, wenn nun ein Gemeinderatsmitglied fragt, warum man das in der Gemeinderatssitzung hört, da dies ebenso über eine Presseaussendung passieren hätte können. Es bestand keinerlei Absicht, hier etwas vor dem Gemeinderat zu spielen. Hier geht es einfach um eine wichtige Sache für drei große Stadtteile der Stadt Villach und um eine Frage, die im Moment sehr akut ist und in den

nächsten Tagen im Land entschieden wird, aber nicht durch eine Tagesordnung des Gemeinderates der Stadt Villach abgehandelt werden kann.

Bezüglich der Fragen zu den überplanmäßigen Ausgaben ist festzustellen, daß man zu Beginn dieser Gemeinderatsperiode mit den Fraktionen eine Vorgangsweise vereinbart hat, die sicherstellen soll, daß die Anfragen von den einzelnen Referenten fachlich fundiert beantwortet werden können. Als Finanzreferentin stellt sie zwar den Sammelantrag, kann aber nicht jeden einzelnen Fall dem Gemeinderat gegenüber begründen. Damals wurde vereinbart, daß die Gemeinderatsmitglieder die Sammelliste bekommen, aber vor der Sitzung, wenn es um Details geht, die Anfragen stellen. Jetzt müßten fünf Referenten, die hier betroffen sind, für ihren Bereich Rede und Antwort stehen. Sie möchte aber dennoch zu einigen Dingen Stellung beziehen. Was die angesprochene Gleichenfeier betrifft, so sollte man im Interesse aller zwei Menschenkreise aus diesen Diskussionen heraushalten: Das sind erstens die Freiwilligen Feuerwehrleute, denn diese Diskussion sollte nicht auf dem Rücken und zur Verunsicherung der Freiwilligen Feuerwehrleute geführt werden, und zweitens die Arbeiter, die dieses Feuerwehrzentrum errichtet haben und ebenso wenig Opfer dieser Diskussionen werden sollten. Sie sieht keinen Anlaß, in dieser Frage eine Ausnahme von der sonst überall geübten Praxis zu machen, daß der Bauherr - und das ist in dem Fall die Stadt Villach - jede Gleichenfeier ausrichtet - und nicht der Planer oder Architekt - und daß die Gleichenfeier in diesem Fall, weil es um eine Leasingfinanzierung geht, extra veranschlagt wurde, sonst in den Baukosten enthalten sein muß.

Das Bildungszentrum wurde 1992 erstmalig im vollen Betrieb im Budget veranschlagt, und jetzt wurde die vollständige Abrechnung der Betriebskosten für 1991 vorgelegt. Aufgrund dieser endgültigen Abrechnung 1991 und den Vorauszahlungen 1992 hat sich diese Überschreitung ergeben.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die überplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 4,114.000,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

Die VLT-Fraktion schließt die überplanmäßige Ausgabe für Freiwillige Feuerwehren - Gleichenfeier Bauteil D Feuerwehrzentrum in Höhe von S 20.000,-- von ihrer Zustimmung aus.

Pkt. 4.) Außerplanmäßige Ausgaben

Blg. 4

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Finanz- und Vermögensverwaltung vom 3.12.1992.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g ,

die außerplanmäßigen Ausgaben in der Höhe von S 1,529.000,-- zu genehmigen, wobei die Bedeckung laut beiliegender Aufstellung gegeben ist.

Pkt. 5.) Verlegung des Geh- und Radweges zwischen Aufeldgasse und Burgenlandstraße

Bilg. 5

Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des Amtsvortrages des Tiefbauamtes vom 25.11.1992.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

1.) Der Verschiebung der öffentlichen Geh- und Radwegverbindung Gst. 151, KG Völkendorf, zwischen Aufeldgasse und Burgenlandstraße entsprechend der Darstellung im beigeschlossenen Lageplan, M 1 : 1000, vom 9.11.1992, wird zugestimmt.

2.) Die Vermessung, Vermarkung und Erstellung des Teilungsplanes erfolgt auf Kosten der Gemeinnützigen Eisenbahnsiedlungsgesellschaft Villach.

3.) Alle mit der grundbücherlichen Durchführung dieses Grundgeschäftes verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren übernimmt ebenfalls die ESG.

Pkt. 6.) Grundkauf durch die Stadt Villach von der Agrargemeinschaft Perau-Agathen aus dem Grundstück 333/13, KG Perau

Bilg. 6

Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Baudirektion vom 1.12.1992.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

1.) Die Agrargemeinschaft Nachbarschaft Perau und Agathen erklärt sich für sich und ihre Rechtsnachfolger bereit, aus dem ihr gehörenden Grundstück Nr. 333/13, KG Perau, in EZ 46, eine Teilfläche von rund 9 m² frei von bücherlichen und außerbücherlichen Lasten und Nutzungsrechten gegen die im Punkt 2 festgelegte Gegenleistung an die Stadt Villach zu verkaufen und die Stadt Villach diesbezüglich gegen Dritte schad- und klaglos zu halten.

2.) Die Stadt Villach verpflichtet sich für sich und ihre Rechtsnachfolger zur Zahlung von S 640,--/m², insgesamt daher rund S 5.760,--.

Der Gesamtkaufpreis wird innerhalb eines Monates nach erfolgter Endvermessung ausbezahlt, sofern der Gemeinderatsbeschluß zu diesem Zeitpunkt bereits vorliegt.

Ist dies nicht der Fall, wird der Gesamtkaufpreis innerhalb von 14 Tagen nach erfolgter Beschlußfassung ausbezahlt.

3.) Das genaue Ausmaß der abgetretenen Grundfläche wird durch das Vermessungsamt der Stadt Villach ermittelt.

4.) Der Grundeigentümer erklärt für sich und seine Rechtsnachfolger, daß durch diesen Vorvertrag sämtliche Entschädigungsansprüche voll und ganz erfaßt sind und daß aus diesem Anlaß in Hinkunft keine wie immer gearteten Forderungen an die Stadt Villach gestellt werden.

5.) Die mit der Errichtung dieses Vorvertrages sowie der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren trägt die Stadt Villach.

6.) Beide Teile verzichten auf die Anfechtung dieses Vorvertrages wegen Verletzung über die Hälfte im Sinne des § 934 ABGB.

7.) Vorstehender Vorvertrag wird für die Agrargemeinschaft Nachbarschaft Perau und Agathen mit statutenmäßiger Fertigung und für die Stadt Villach nach Annahme durch den Gemeinderat der Stadt Villach rechtsverbindlich.

8.) Die finanzielle Abwicklung dieses Grundkaufes erfolgt über die VASt. 5/8499/001000.2 im Haushaltsjahr 1993.

Pkt. 7.) Kaufvertrag Grundverkauf an die Gemeinnützige Treibacher Siedlungs GesmbH. mit der Stadt Villach, Gst. 155/3, Sonderwohnbau "Seebacherhof" durch die Gemeinnützige Treibacher Siedlungs GesmbH. - Burgenlandstraße/A.-v.-Welsbach-Straße - Nachtrag

Bilg. 7

Gemeinderat Sobe berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Liegenschaftsverwaltung vom 16.11.1992.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

Der Punkt 3 des Kaufvertrages vom 20.6.1991, abgeschlossen zwischen der Stadt Villach als Verkäuferin einerseits und der Gemeinnützigen Treibacher Siedlungs Gesellschaft mbH, 9330 Treibach-Althofen, als Käuferin andererseits, beide Vertragsteile vertreten durch ihre gefertigten Organe, wird wie folgt abgeändert:

Die Käuferin verpflichtet sich, nach Errichtung des geplanten Wohnhauses auf dem kaufgegenständlichen Grundstück nach Maßgabe der dann zur Verfügung stehenden Wohneinheiten diese für die Unterbringung jener im Seebacherhof 4 wohnversorgten Mieter zu verwenden, die bei der Käuferin beschäftigt sind.

Sollten die genannten Mieter die angebotenen Wohneinheiten - aus welchen Gründen immer - nicht in Anspruch nehmen und von der Stadt Villach anderweitig wohnversorgt werden, so steht der Stadt Villach das einmalige Einweisungsrecht für diese Wohneinheiten zu.

Soweit darüber hinaus Wohneinheiten frei bleiben, ist die Käuferin berechtigt, diese ohne weitere rechtliche Einschränkungen an Dritte rechtsgeschäftlich weiterzugeben. Die Errichtung des Wohnhauses und die Umsiedlung der Mieter des Seebacherhofes hat bis spätestens 1.7.1995 zu erfolgen.

Pkt. 8.) Voranschlag der Unternehmungen 1993

Bilg. 8

Stadtrat Pacher berichtet im Sinne des Amtsvortrages der Wirtschaftsverwaltung vom 7.12.1992. Außerdem möchte er einige Dinge, die in der letzten Gemeinderatssitzung in den Raum gestellt wurden, aufklären. Er versucht, die Sorge der sozialistischen Fraktion um die seit dem Krieg von ihr verwalteten städtischen Unternehmungen positiv zu sehen, und daß man sich daher dazu hinreißen hat lassen, Dinge in die Welt zu setzen, die nicht gestimmt haben. Stadtrat Smoliner hat gemeint, daß hier ein Vertuschungsversuch unternommen wurde, weil man versucht hat, den exorbitanten Kostenüberschreitungsbetrag zu einem späteren Zeitpunkt behandeln zu lassen. Gemeinderat Pinteritsch hat gesagt, daß er 18 Jahre im Unternehmensausschuß war und noch nie etwas verschleiert worden ist. Gemeinderat Pfeiler hat gemeint, daß es eine Kostenüberschreitung von 20 Millionen geben wird. Würde das stimmen, so gäbe es nächstes Jahr kein städtisches Unter-

nehmen mehr, weil ein städtisches Unternehmen sicherlich nicht in der Lage wäre, derartige Kostenüberschreitungen zu decken.

Es hat sich aber alles in Wohlgefallen aufgelöst und alle diese Bedenken konnten in den zuständigen Ausschüssen ausgeräumt werden. Es hat keine Vertuschung und auch keine Kostenüberschreitungen gegeben, und es wird das Bauvorhaben, wie beschlossen, mit 16 Millionen Schilling - unter Umständen sogar etwas günstiger - abgerechnet werden. Gemeinderat Pfeiler hat die Kosten des Bauvorhabens mit Kostenüberschreitungen gleichgesetzt. Was Gemeinderat Samnitz gesagt hat, will er heute überhaupt nicht berühren, denn es ist immerhin Weihnachtszeit. Er möchte aber trotzdem mit einer Legende aufräumen, die Bürgermeister Manzenreiter in die Welt gesetzt hat. Noch ist es nach dem Villacher Stadtrecht so, daß Anträge eingebracht werden und die Zustimmung, das Stehen zu einem Antrag, in der Form erfolgt, daß man im Gemeinderat die Zustimmung gibt. Das ist das einzige Kriterium, ob man hinter einem Antrag steht oder gegen einen Amtsvortrag ist. Er hat diesen Amtsvortrag für die Wirtschaftspläne der städtischen Unternehmungen unterzeichnet, eingebracht, verlesen und bei der Abstimmung für diesen Amtsvortrag gestimmt. Er ist also zu seinem eigenen Amtsvortrag gestanden. Alles andere, was hier behauptet wird, ist Legende.

Er hat darüber nachgedacht, warum Bürgermeister Manzenreiter von ihm eine Garantie haben wollte, und heute zu Mittag ist ihm etwas eingefallen. Er hat einen Rotwein aus dem Keller gehabt, auf dem gestanden ist: "Garantita", also ein DOC-Wein, denn er trinkt keinen schlechten Wein. Alle kennen den Chianti, der ursprünglich ein naturbelassener Wein war und dann verfälscht wurde, sodaß es plötzlich notwendig war, diesen verpanschten

Wein mit einer Garantie zu versehen, damit er wieder einen guten Ruf bekommt und wieder glaubwürdig wird. Und diese Garantie ist also ein "gallo nero", ein schwarzer Hahn. Er ist sozusagen der "gallo nero" und gerne bereit, wenn es Bürgermeister Manzenreiter und die SPÖ-Fraktion beruhigt, auf Sonderwunsch in Zukunft zusätzlich zum Amtsvortrag und zusätzlich zum Stimmverhalten auch eine "gallo nero"-Garantie, eine Garantie des schwarzen Hahnes, abzugeben. Und er gibt heute, da es gewünscht wurde, die schwarze "gallo nero-Garantie" ab. Er übergibt Bürgermeister Manzenreiter diesen Wein in der Hoffnung, daß er dazu beiträgt, daß etwas wieder ins Reine gebracht wird. Im übrigen bringt er auch seinen heute endlich mit der schwarzen Garantie versehenen Antrag zur Abstimmung ein.

Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher gratuliert Stadtrat Pacher zu dieser Garantieerklärung mit dem "gallo nero" und stellt fest, daß seine Garantieerklärung über den Umweg des Weines für sie wesentlich überzeugender war als die Garantieerklärung Stadtrat Pachers über seine Wirtschaftspläne.

Stadtrat Smoliner meint, daß diese Gemeinderatssitzung den Titel tragen müßte: "Diese Gemeinderatssitzung wird Ihnen gewidmet von Stadtrat Pacher." Er glaubt aber, daß es notwendig ist, bei der historischen Wahrheit zu bleiben und zu fragen, was am 27.11.1992 passiert ist. Bürgermeister Manzenreiter fragte, ob der vorgelegte Wirtschaftsbericht von Stadtrat Pacher noch gültig ist oder nicht, und Stadtrat Pacher antwortete darauf, daß der damals zitierte und diskutierte Kontrollamtsbericht im zuständigen Kontrollausschuß erst diskutiert werden wird und er sich dann erst in der Lage sieht, die geforderte Garantie abzugeben. Das hat natürlich Zweifel ausgelöst und geweckt. Er fragt, was sich geändert hat. Man hätte

sich die heutige Gemeinderatssitzung wirklich ersparen können, wenn diese Zweifel, die damals berechtigterweise entstanden sind, durch klare Antworten geklärt worden wären. Aber was mit der Antwort von Stadtrat Pacher geschehen ist und ausgelöst wurde, ist einmalig. Er hat in der letzten Zeit sehr viele Protokolle, die weit zurückliegen, gelesen, aber in der Nachkriegsgeschichte dieses Hauses hat es ein solches Verhalten eines verantwortlichen Referenten, daß er sich bei der Budgetdebatte nicht zu den vorgelegten und von ihm unterfertigten Wirtschaftsplänen und Voranschlägen bekennt, noch nicht gegeben. Das ist für ihn die Sensation. Es hätte auch bei kritischen Geistern durchaus der Eindruck entstehen können, daß sich Stadtrat Pacher hier aus der Verantwortung flüchtet. Wenn dieser heute auch sehr humorvoll und gekonnt eine kleine Dissertation über den schwarzen Hahn geliefert hat, so nimmt man das gerne zur Kenntnis, könnte aber auch zum schwarzen Hahn eine kärntnerische Bezeichnung nehmen und "Gockel" sagen. Das würde er aber nicht tun wollen.

Diese heutige Sitzung wäre wahrscheinlich entbehrlich gewesen, wenn Stadtrat Pacher sich aufgrund der Unterlagen, die er über viele Wochen gehabt hat, und auch aufgrund einer mehrstündigen Abschlußbesprechung zum Unternehmensbereich klipp und klar die Aussage, die er heute abgegeben hat, damals abgegeben hätte. Es war notwendig, diese Aufklärung zu verlangen, und es ist für ihn interessant, wenn Stadtrat Pacher heute erklärt, was eigentlich alles in Ordnung ist. Für ihn entsteht damit automatisch die Frage, ob sich Stadtrat Pacher erst in den letzten Tagen mit den Wirtschaftsplänen auseinandergesetzt hat, da dieser den Mitgliedern des Gemeinderates erst heute diese Erklärung abgeben kann, denn er glaubt, daß es bei vernünftiger Bearbeitung der Materie durchaus möglich gewesen wäre, diese Erklärung damals abzugeben.

Es wäre besser gewesen, dem Gemeinderat der Stadt Villach den Voranschlag so deutlich und eindeutig zu präsentieren, daß es diese Fragen nicht gegeben hätte, anstatt sich mit dem Schleiermachergemeinderat Ing. Andronik in das politische Bett zu legen. Das wäre die Empfehlung, die er in diesem Zusammenhang abzugeben hat. Die SPÖ-Fraktion nimmt gerne die Erklärung von Stadtrat Pacher, so wie sie heute im Stadtsenat und jetzt mit aller Deutlichkeit gebracht wurde, zur Kenntnis und wird aus dieser Situation heraus gerne dem Voranschlag der Unternehmungen der Stadt Villach die Zustimmung erteilen.

Gemeinderat HR Mag. Henhapl freut sich darüber, daß die zwei ehemaligen Großparteien sich jetzt vor Weihnachten wieder friedlich vertragen. Aber er ersucht Stadtrat Pacher, ihm nicht noch einmal solche Eier in diese rote Mappe hineinzulegen, wo sich kein Mensch auskennt, welches eigentlich die tatsächlichen Zahlen sind. Im neuen Amtsvortrag waren wieder die alten Zahlen enthalten, und er möchte Stadtrat Pacher bitten, sich das doch beim nächsten Mal etwas genauer anzuschauen, bevor es im Stadtsenat, wie er annimmt, korrigiert werden muß. Es sind ihm dort noch ein paar andere Kleinigkeiten aufgefallen. Er fragt sich, wie es zu der Dotierung einer Investitionsrücklage kommen soll, wenn das Gaswerk einen Verlust ausweist. Das ist an und für sich nicht möglich. Er fragt sich auch, warum jetzt auf einmal die Kapitalertragsteuer II in den Ausgaben hinaufmarschieren soll, wenn er die Freistellung von der Körperschaftssteuer - wenn es überhaupt von der Körperschaftssteuer befreit ist, dann ist das etwas anderes, aber die anderen Betriebe unterliegen ja der Körperschaftssteuer, und die kann man freistellen lassen - nicht beantragt hat. Er bittet, dieses Budget in Hinkunft etwas genauer zu erledigen.

Gemeinderat Sobe bezieht sich auf die Aussage von Stadtrat Pacher, der gesagt hat, daß Gemeinderatsmitglieder, die nur oberflächlich informiert sind, zum Rednerpult gehen, und stellt fest, daß die Oberflächlichkeit in dieser Sache leider bei Stadtrat Pacher liegt. Die Sache wäre nämlich analog den heutigen Ausführungen mit ganz einfachen Worten zu erklären gewesen, und die heutige Gemeinderatssitzung hätte sich erübrigt. Man muß hier zwei Sachen auseinanderhalten: Die eine Sache ist die - er ist selbst Mitglied des Kontrollausschusses - daß der der FPÖ-Fraktion angehörende Obmann des Kontrollausschusses Ing. Andronik einen Bericht vorenthalten hat und sich die Kontrollausschußmitglieder erst informieren und den Bericht zur Diskussion bringen mußten. Gemeinderat Ing. Andronik hat diesen Bericht als Fragment bezeichnet, aber er sieht hier kein Fragment. Als Überschrift steht "Teilschlußbericht", und Gemeinderat Ing. Andronik hat dem Gemeinderat bzw. dem Kontrollausschuß diesen Bericht vorenthalten. Er möchte den Weihnachtsfrieden nicht stören, muß aber sagen, daß die SPÖ-Fraktion Sorge tragen wird, daß so etwas nicht wieder passiert. An Stadtrat Pacher gewandt, stellt er fest, daß es, wie schon Gemeinderat Mag. Henhapl gesagt hat, nicht so ist, daß sich das im Budget bereinigen wird, sondern daß Stadtrat Pacher den Mitgliedern des Gemeinderates jetzt etwas mehr an Wahrheit gesagt hat bei dem nächstjährigen Bericht.

Gemeinderat Dr. Assmann meint, daß der Schuß, den Stadtrat Smoliner bei der letzten Sitzung abgefeuert hat, nach hinten losgegangen ist, da kein Mensch für ein Budget garantieren kann, wie es von Stadtrat Pacher gefordert wurde. Leider ist es nicht möglich, eine Garantie für ein Budget abzugeben, denn sonst müßte Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher für die ganze Hoheitsverwaltung eine Garantie abgeben.

Gemeinderat Mag. Burian und Gemeinderat Mag. Haider verlassen um 19.30 Uhr unentschuldigt die Sitzung.

Frau Gemeinderätin Rettl möchte den Weihnachtsfrieden nicht stören, muß aber Gemeinderat Sobe, da sie bei der Sitzung des Kontrollausschusses als Zuhörerin anwesend war, korrigieren. Als Gemeinderat Ing. Andronik hinsichtlich der Quelle Möltschach Erklärungen darüber abgegeben hat, was nicht im Kontrollamtsbericht gestanden ist, war Gemeinderat Sobe derjenige, der aufgesprungen ist und gesagt hat, daß das ein Fragment ist. Gemeinderat Sobe hat dann versehentlich einen Antrag gestellt, diesen Kontrollamtsbericht abzulehnen, da darin überhaupt nichts steht, und ist über diesen Antrag selber so erschrocken gewesen, daß er ihn gleich wieder zurückgezogen hat. Sie fordert Gemeinderat Sobe auf, nichts zu verdrehen. Das wird hoffentlich im Protokoll nachzulesen sein.

Gemeinderat Dr. Löberbauer bemerkt, daß er sich zum Weihnachtsfrieden nicht äußern möchte, da man nur etwas brechen kann, was es gibt, und er bezeichnet die Art, wie sich die Mitglieder des Gemeinderates hier aufführen, als Kasperltheater. Der Gemeinderat sollte sich wirklich einmal überlegen, welches Bild er in der Öffentlichkeit erzeugt. Stadtrat Pacher macht heute nichts anderes, als er natürlich bereit gewesen wäre und war, bei der Budgetsichtung zu tun. Anders formuliert: Für ihn ist Stadtrat Pacher, wenn man so will, das erste ehrliche Stadtsenatsmitglied, weil er das sagt, was jeder andere auch sagen müßte, nämlich wer bei einem Budget schon garantieren kann, daß Umsätze, wie sie angeführt werden, auch eintreten werden. Es ist einfach unmöglich, etwas zu verlangen, was niemand kann, denn sonst dürfte es keine überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben geben, wenn

jede Zahl bei einem Budget immer so stimmen würde, wie sie zum Tag des Einbringens in der Budgetdebatte erstellt wird. Das Ganze war einfach eine Retourkutsche an die ÖVP-Fraktion, weil die ÖVP-Fraktion wegen der Überschreitung beim Feuerwehrzentrum das Budget abgelehnt hat. Zum anderen ist es natürlich ein willkommener Anlaß für einige SPÖ-Gemeinderatsmitglieder, die auf der SPÖ-Landtagswahl-Vorwahlliste aufscheinen, sich zu Wort zu melden und zu profilieren.

Frau Gemeinderätin Schaumberger meint, wenn da einige von einem Kasperltheater reden, so ist das für sie ein trauriges Schauspiel, das allen zeigt, wie ein von einer Partei ernannter zweimal angelobter Stadtrat nach dem Motto "Doppelt hält besser" seine Aufgaben wahrnimmt, vor allem aber auch, wie er die demokratisch gewählten Mandatare mißbraucht. 44 Mandatare und Mandatarinnen müssen darunter leiden, weil einer keine Pflichtauffassung hat und zu seinen eigenen Anträgen in der letzten Gemeinderatssitzung nicht gestanden ist. Es kann natürlich auch so sein - und sie will niemanden etwas unterstellen - daß der Wissens- und Informationsstand von Stadtrat Pacher so gering war, daß er vorsichtshalber noch eine Woche oder 14 Tage gebraucht hat, um sich in seiner Materie auszukennen. Es ist für sie traurig, wenn es Stadträte gibt, die, wenn sie in den Spiegel hineinschauen, dem, der sie wieder anschaut, nicht mehr glauben können, weil der, der da hineinschaut, die Unterschrift von dem anzweifelt, der da wieder herausschaut. Stadtrat Pacher mag sich in der Rolle des Verursachers von Gemeinderatssitzungen gefallen, aber er sollte die anderen gewählten Mitglieder des Gemeinderates nicht mißbrauchen. Stadtrat Pacher hat es ja bei seiner zweiten Angelobung gemerkt, daß nicht einmal die Presse mehr auf seine Selbstdarstellung hineinfällt. Sie meint, daß Stadtrat Pacher einen Arbeitsauftrag

erhalten hat und schließlich dafür bezahlt wird, daß seine Unterschrift den Mitgliedern des Gemeinderates gegenüber auch hält. Nur vom Wartezimmer zum Zahnarztsessel ist es erlaubt, daß einen der Mut verläßt, nicht aber vom Stadtratsbüro bis zum Gemeinderat.

Da sie schon am Wort ist, möchte sie dem Kontrollausschußobmann und auch Stadtrat Pacher, der gesagt hat, daß hier nichts verschleiert wird, einiges sagen. Fest steht, daß Gemeinderat Ing. Andronik, wenn er dies auch verleugnet hat, den Kontrollamtsteilbericht vorsätzlich oder bewußt vorbehalten hat, um Stadtrat Ladstätter, der für sein Ressort verantwortlich ist, zu decken. Das ist kein Verantwortungsgefühl, sondern undemokratisch, und sie meint, daß Gemeinderat Ing. Andronik das Vertrauen des Gemeinderates schon lange nicht mehr besitzt.

Gemeinderat Ing. Andronik teilt mit, daß der Kontrollamtsbericht im Kontrollausschuß eingehend diskutiert worden ist. Er möchte hier nur die Passage vorlesen, wo ihm Gemeinderat Sobe auch zugestimmt hat, daß das nur ein Fragment sei. Es handelt sich um die Quelle Möltschach und es geht darum, daß es einen Bescheid aus dem Jahre 1942 gibt, der besagt, daß nur eine Düngung mit mineralischen Stoffen erlaubt ist und das Grundstück nur eine Wiesennutzung aufweisen darf. Sogar der damalige Landeshauptmann Wagner hat dem Gas- und Wasserwerk eine Rüge erteilt, weil der Bescheid nicht eingehalten wurde. Er zitiert: "Am 21.9.1984" - also unter der Regentschaft der SPÖ-Fraktion - "ist im Werksausschuß beschlossen worden, daß den Bauern Entschädigungen gezahlt werden, und zwar wertgesichert ab dem Jahre 1943, mit Zinsen rückwirkend, obwohl die Auflagen des Bescheides aus 1942 nicht eingehalten wurden." Darüber steht im Kontrollamtsbericht nicht einmal eine Silbe. Das hat er alles erst durch Recherchen

herausbekommen, als er die Akten durchgelesen hat. Deswegen wiederholt er, daß der Kontrollamtsbericht ein Fragment ist und von Nichtfachleuten erstellt wurde.

Gemeinderat Sobe meint, daß die Aussage von Frau Gemeinderätin Rettl zum Teil schon richtig ist, wenn sie auch aus dem Zusammenhang gerissen ist. Die letzte Kontrollausschußsitzung war ein Hearing der FPÖ-Fraktion. Wahrscheinlich hat man sich für den Unternehmensausschuß informieren wollen, weil man selber nicht gewußt hat, wie das alles vor sich geht. Eines muß er aber noch zum Kontrollausschußobmann, Gemeinderat Ing. Andronik, sagen: Die FPÖ-Fraktion vertritt eine sehr eigenartige Auffassung, denn jedesmal, wenn Recherchen einen SPÖ-Referenten betreffen, sagt sie, daß das Kontrollamt einmalig arbeitet und es keine Probleme gibt; trifft es aber einen FPÖ-Referenten, wie in diesem Fall ab Seite 16, so vertritt sie die Meinung, daß das Kontrollamt schlecht arbeitet und der Bericht nur ein Fragment ist. Er vermutet daher, daß sich noch herausstellen wird, daß dieser Kontrollamtsbericht absichtlich zurückgehalten worden ist. Auch war es bisher noch nie der Fall, daß bei einer Kontrollausschußsitzung Zuhörer mitreden wollten und in der Gemeinderatssitzung irgendetwas zusammenhanglos herausgenommen haben. Zur Quelle Möltschach hätte er einen Antrag stellen wollen, da Gemeinderat Ing. Andronik als Kontrollausschußobmann eine chaotische Vorsitzführung hat, die dazu geführt hat, daß ein Mitglied des Kontrollausschusses vorzeitig weggegangen ist, wodurch es Probleme gegeben hat. Die Situation war in der letzten Sitzung ähnlich, denn man hat sich leider wieder mit Gemeinderat Ing. Andronik beschäftigen müssen, und mittlerweile hat dann Stadtrat Pacher vergessen, wie die Garantie über seinen Beschluß aussieht.

Gemeinderat Ebner findet, daß das Gehörte sehr amüsant war. Von der biologischen Kläranlage über das Villacher Brückenmanko bis hin zur Sinnlosigkeit der heutigen Gemeinderatssitzung spannt sich das Bögchen - das ist gar kein Bogen. Seiner Ansicht nach ist diese Gemeinderatssitzung gar nicht so sinnlos, denn wäre diese Sitzung nicht einberufen worden, so hätten die politischen Zündler bzw. "roten Hähne", weil man gerade vom "gallo nero" gesprochen hat, gar nicht die Möglichkeit gehabt, die vorbereiteten Reden aus dem "Stehpultgreif" vorzubringen, um sich damit zu profilieren. Diese Reden sind aber allesamt ins Leere gegangen. Jeder hat vom Nichtstören des Weihnachtsfriedens gesprochen. Heute hat sich Frau Gemeinderätin Schaumberger mit ihren sinnlosen Aussagen, die eigentlich nicht auf den Punkt getroffen haben, selbst disqualifiziert. Das ist das Problem. Das ganze Jahr wird über Situationen diskutiert, bei denen nur Einzelsachen zum Vorschein kommen und sich einzelne wirklich mit verbalen Untergriffen hervortun. Das hat man heute wieder ganz deutlich gesehen. Er wünscht bei dieser Gelegenheit allen samt Familie ein angenehmes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr.

Gemeinderat Malle meint, wenn schon andere Mandatare hier die Gelegenheit nützen, um nicht zu Sachthemen, die Stadtrat Pacher betreffen, Stellung zu nehmen, so macht er das ebenso. Er möchte noch einmal auf die Äußerung von Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher bezüglich der Gleichenfeierkosten für das Feuerwehrzentrum in Villach zurückkommen und bittet sie, die Kosten dieser Gleichenfeier in der Höhe von S 20.000,-- gegenüber den Villacher Bürgern zu verantworten, aber die 800 Freiwilligen Feuerwehrmänner in Villach und die Arbeiter, die daran gearbeitet haben, in Frieden zu lassen. Die 800 Freiwilligen Feuerwehrmänner der 21 Wehren von Villach hat es näm-

lich schon lange, bevor größenwahnsinnige Dienststellenleiter ein derartiges Vorhaben geplant und befürwortet haben, gegeben. Da das Feuerwehrzentrum ohnehin schon teuer genug kommt, sollten die S 20.000,-- auf jene aufgeteilt werden, die es verdienen - nämlich die Freiwilligen Feuerwehrmänner und die Arbeiter - und das Steuersäckchen der Villacher Bürger sollte nicht noch um weitere S 20.000,-- belastet werden.

Bürgermeister Manzenreiter stellt fest, daß diese Gleichenfeier für die Arbeiter gemacht wurde.

Stadtrat Smoliner teilt mit, daß er nicht unbedingt mit den Begriffen "Kasperltheater" und "Retourkutschen" fortsetzen, sondern zum Thema zurückkehren möchte. Da es wenig Sinn hat, wenn man sich über die historische Wahrheit der Vorgänge bei der letzten Gemeinderatssitzung hinwegschwindeln will und die heutige Sitzung als sinnlos darstellt, wiederholt er, daß die klare Frage an den Referenten Stadtrat Pacher gestellt worden ist, ob er sich noch zu den Unterschriften unter den Wirtschaftsplänen und Voranschlägen der Unternehmungen der Stadt Villach bekennt, und die Antwort war, daß er sich dazu erst, wenn der Kontrollausschuß diese Materie behandelt hat, imstande sieht. Das hat diese Zweifel ausgelöst. Diese Gemeinderatssitzung ist notwendig, aber man hätte sie sich ersparen können, wenn diese klare Aussage, die heute getätigt wurde, damals getätigt worden wäre. Der zuständige Referent war insoferne gut informiert, weil er schließlich und endlich zu dieser Materie eine mehrstündige Beschlußbesprechung mit dem Kontrollamt abgeführt hat und über mehrere Wochen im Besitz des Berichtes des Kontrollamtes war. Es wäre deshalb ein Leichtes gewesen, Zweifel, die aufgetaucht sind, nicht zu verstärken, sondern auszuräumen. Er ersucht, nicht vom Rednerpult aus die Begriffe um-

zukehren und Gemeinderatsmitglieder der Stadt Villach als politische Zündler zu beschimpfen, um dann gleichzeitig zu sagen, daß das Klima vergiftet wird. Er bemerkt dazu, daß in der rechten Reichshälfte FPÖ-Stadtparteiobmann Rumpold allgegenwärtig zu sein scheint, der hier offensichtlich derjenige ist, der immer und ständig aus dem Hintergrund heraus als Puppen- und Marionettenspieler die Fäden zieht und mit den FPÖ-Gemeinderatsmitgliedern umgeht, wie es sich die SPÖ-Gemeinderatsmitglieder nicht gefallen lassen würden, und der aus diesem Hintergrund heraus eine Klimavergiftung zustande gebracht hat, wie sie 45 Jahre lang in diesem Haus undenkbar war. Er ersucht daher die FPÖ-Gemeinderatsmitglieder, sich auf die Arbeit und Verantwortung für Villach zu besinnen, sich nicht von Klagenfurt oder von Rumpold aus gängeln zu lassen und mit einer Klimavergiftung sondergleichen die Arbeit für Villach zu erschweren.

Stadtrat Ing. Klamt bezieht sich auf die Äußerung von Gemeinderat Dr. Löberbauer, der diese Sitzung als Kasperltheater bezeichnet hat, und teilt mit, daß ihm diese wie eine Faschingssitzung mit sehr niedrigem Niveau vorkommt. Er muß jedoch feststellen, daß diese schlechte Faschingssitzung Stadtrat Smoliner initiiert hat. Und wenn dieser heute auf Rumpold usw. anspielt, dann ist es wahrscheinlich so, daß er der Drahtzieher ist. Er hat nämlich genau gewußt, daß wieder eine Gemeinderatssitzung stattfinden wird. Er hat 5 Millionen Schilling in den Raum gestellt, und diese 5 Millionen Schilling sind wie eine Seifenblase zerplatzt. Gemeinderat Sobe hat gesagt, daß das ein FPÖ-Hearing war. Das stimmt. Stadtrat Smoliner hat das so gut gemacht, als er 5 Millionen Schilling in den Raum gestellt hat. Natürlich ist er zu der Sitzung als Zuhörer hingegangen, aber was er dort erlebt hat, war erschütternd. Dort sind die großen SPÖ-Gemeinderats-

mitglieder gesessen, die sich auch hier zu Wort gemeldet haben, und haben eine Stunde lang über Schuldzuweisung gesprochen. Der Bericht hat sie überhaupt nicht interessiert. Nach zwei Stunden ist ein wenig auf diesen Bericht eingegangen worden. Das, was man heute hier erlebt, ist wirklich faschingsreif, aber leider ein sehr schlechter Fasching.

Gemeinderat Mag. Maurer meint, wenn er seine Unterschrift unter einen Scheck oder Bericht setzt, dann zählt sie und er steht auch dazu. Stadtrat Pacher ist das letzte Mal nicht zu seiner Unterschrift gestanden. Deshalb sitzt man heute hier. Es sind heute Worte gefallen, wie z. B. fröhliche Weihnachten und schöne Weihnachten. Er hofft, daß man zu diesen Worten steht und auch zu den fröhlichen Weihnachten für Villach, denn in Villach hat man auch fröhliche Weihnachten gesagt, aber gemeint hat man "Ausländer raus". Wenn heute fröhliche Weihnachten gewünscht wurde, dann hofft er, daß das auch für ausländische Familien, die sich in Villach als Flüchtlinge befinden, gemeint ist und das Ansuchen nicht unterstützt wird, das aus Kärnten über Wien nach Kärnten hereinkommt. Heute hat es viele Redner gegeben, die das Thema verfehlt haben. Er fühlt sich irgendwie angegriffen, wenn ihm jemand fröhliche Weihnachten wünscht und eigentlich etwas anderes meint, als er darunter versteht.

Gemeinderat Ebner zieht seine Wortmeldung zurück.

Stadtrat Ing. Klamt meint, daß er jetzt darauf eingehen könnte, was eine Garantieerklärung ist, aber sobald man den Mitgliedern des Gemeinderates irgendetwas erklären will, dann scheint es einfach an Niveau zu fehlen. Man hat gesehen, wie schwerfällig die Angriffe

der SPÖ-Fraktion vorgetragen wurden und wie sie eine Konstruktion aufgebaut hat von der biologischen Kläranlage hinüber zum Umweltschutz und Tourismus. Er bittet, die Geschäftsverteilung durchzulesen. Seiner Ansicht nach erreichen viele das Anforderungsprofil, das er sich von einem Politiker erwartet, nicht. Mehr kann man dazu nicht sagen. Denn Stadtrat Pacher hat eine Garantieerklärung mit einer Unterschrift zu einem Wirtschaftsplan abgegeben. Aber wenn man nicht weiß, was ein Wirtschaftsplan ist, dann ist es schwer, darüber zu reden.

Bürgermeister Manzenreiter möchte nur bezüglich der Äußerung von Stadtrat Pacher, daß er eine Legende gebildet hat, feststellen, daß man zwei Dinge unterscheiden muß: Das eine ist eine Garantie für ein bestimmtes Weinanbaugebiet, und das andere ist eine Qualitätserklärung. Seine abschließende Frage an Stadtrat Pacher in der letzten Gemeinderatssitzung hat gelautet - und er zitiert aus dem Protokoll: "Bürgermeister Manzenreiter verweist darauf, daß es bei diesem Antrag um den Wirtschaftsplan 1993 geht, und der zuständige Referent sagt, daß er dazu nichts sagen kann, obwohl ihm der Kontrollamtsbericht seit eineinhalb Monaten vorliegt. Er fragt, ob der von Stadtrat Pacher vorgelegte Wirtschaftsplan gültig ist oder nicht." Auf diese Frage ist die ausweichende Antwort von Stadtrat Pacher gekommen, daß er keine Garantie abgeben kann. Von ihm ist die Frage nicht gestellt worden, "noch gültig oder nicht", und jetzt kommt es: Natürlich hat Stadtrat Pacher den Antrag aufrecht erhalten. Natürlich hat er dafür gestimmt, und das wird auch nicht bestritten, aber seine Aussagen haben 27 von 45 Gemeinderatsmitgliedern nicht gereicht und drei Fraktionen haben diesem Wirtschaftsplan nicht zugestimmt. Die Frage war von

seiner Seite her nicht nach einer Garantie, sondern ob er gültig ist oder nicht. Aus diesem Grunde wurde die heutige Sitzung einberufen.

Stadtrat Pacher meint, daß er froh ist, daß in der Flasche ein Stoppel drinnen ist, denn sonst wäre dieser Wein schon längst wieder verwässert worden. Er hat heute die schwierige Aufgabe gehabt, eine Garantie abgeben zu müssen, wo es keine Garantien abzugeben gibt. Die Aufgabe, die ihm Gemeinderat HR Mag. Henhapl gestellt hat, ist aber mindestens so schwierig, wenn nicht sogar schwieriger; zwar nicht, wenn es darum geht, die Fragen zu beantworten, aber Gemeinderat HR Mag. Henhapl ist Finanzbeamter, und diese Frage wäre eigentlich in einer Schlußbesprechung in einigen Jahren zu beantworten. So wie es im Wirtschaftsplan vorgesehen ist, erhöht der Investitionsfreibetrag beim Gaswerk sicherlich den Verlust und nicht den Gewinn. Tatsache ist, daß der wirtschaftliche Verlust des Unternehmens ein geringerer ist als der bilanzmäßige Verlust. Alles weitere wird man in der Schlußbesprechung führen. Er hofft, damit auch diese Frage beantwortet zu haben. Im übrigen liegt der Antrag in der Form vor, wie er das letzte Mal von ihm eingebracht wurde, denn es bedurfte keiner Ergänzungen oder Änderungen. Frau Vizebürgermeisterin Mag. Kohl-Kircher hat von ihm damals eine Garantie verlangt, daß die 20 Millionen Schilling im Wirtschaftsplan 1993 enthalten sind. Darüber konnte er keine Garantie abgeben, weil die 20 Millionen Schilling im heurigen Wirtschaftsplan enthalten sind, heuer verbaut wurden und daher mit dem nächsten Jahr überhaupt nichts zu tun haben. Daher war das Ganze auf das Jahr 1993 überhaupt nicht anzurechnen. Er hofft, heute viele Unklarheiten ausgeräumt zu haben, und ersucht um Zustimmung zum Amtsvortrag.

Der Gemeinderat beschließt

e i n s t i m m i g :

1.) Die Wirtschaftspläne der Unternehmungen

- Gaswerk, Wasserwerk, Stadtkino, Plakatierung, Bestattung und Städtische Bäder

werden mit den in der Erfolgsrechnung ausgewiesenen Voranschlagswerten genehmigt.

2.) Die im Amtsvortrag angeführten Tarifänderungsanträge sowie

3.) die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Ansätze des jeweiligen Wirtschaftsplanes werden genehmigt.

Pkt. 9.) Schriftliche Anfragen (§ 38 Villacher Stadtrecht) und Anträge

Bltg. 9-15

Es liegen sieben Anträge vor, und zwar

ein selbständiger Antrag der Villacher Grünen betreffend Erstellung eines Heckenkonzeptes und eines Biotopverbundkonzeptes,
ein selbständiger Antrag der FPÖ-Fraktion betreffend die Durchführung einer externen Verwaltungsanalyse,
ein selbständiger Antrag der FPÖ-Fraktion betreffend die Schaffung einer Wohnstraße gemäß § 76/b Abs. 1 StVO im Bereich des unbenannten Verbindungsweges zwischen Burgenlandstraße und Aufeldgasse,
ein selbständiger Antrag der FPÖ-Fraktion betreffend Heizhausstraße, Bereich zwischen Othmar-Crusiz-Straße und Tobias-Bürg-Straße, Fahrbahnverbreiterung und Schaffung eines adäquaten Geh- und Radweges,
ein selbständiger Antrag der FPÖ-Fraktion betreffend Schaffung eines Schutzweges im Bereich der Straßenkreuzung Italienerstraße - Bichelweg,
ein selbständiger Antrag der FPÖ-Fraktion betreffend Änderung des Phasenablaufes an der automatischen Verkehrssignallichtanlage an der Kreuzung Steinwendersstraße - Drauparkstraße,
ein selbständiger Antrag der FPÖ-Fraktion betreffend Sicherheitsüberprüfung des gesamten Magistratsbereiches,

die der

geschäftsordnungsmäßigen Behandlung

zugeführt werden.

Bzlg. 16

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß ihm weiters ein Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend die Befassung des Kontrollamtes mit den Vorkommnissen rund um den Verkauf des "Hubschrauber-grundstückes" vorliegt, der Gemeinderat möge beraten und beschließen:
"Das Kontrollamt wird vom Gemeinderat beauftragt, die gesamte Grundstückstransaktion einschließlich aller Behördenverfahren und Umwidmungen sowie die Rolle des Magistratsdirektors Dr. Katholnig in dieser Causa zu untersuchen."

Bürgermeister Manzenreiter stellt den Antrag, die Sitzung kurz zu unterbrechen, um sich mit Amtsdirektor Dr. Tillian beraten zu können.

Die Sitzung wird von 19.45 bis 20.20 Uhr unterbrochen.

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß der erste Dringlichkeitsantrag der FPÖ-Fraktion, den er verlesen hat, zurückgezogen und durch einen zweiten Dringlichkeitsantrag ersetzt worden ist, der wie folgt lautet:

"Die unterzeichneten neun Mitglieder des Gemeinderates fordern den Gemeinderat auf, zu beraten und zu beschließen, der Bürgermeister möge durch notwendige Schritte (Disziplinarkommission) veranlassen, daß die Angelegenheit Grundstücksverkauf laut Artikel in der Kleinen Zeitung um MD Dr. Katholnig aufgeklärt wird."

Bürgermeister Manzenreiter erklärt in diesem Zusammenhang, daß Frau Kada, nachdem der besagte Artikel in der Kleinen Zeitung erschienen ist, bei ihm war. Bei diesem Gespräch war auf sein Ersuchen auch Dr. Tillian

als Leiter der Rechtsabteilung anwesend und hat über dieses Gespräch am 7.12.1992 einen Aktenvermerk geschrieben, den er dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen möchte:

"Am heutigen Tage hat Frau Gerlinde Kada unter Hinweis auf einen Artikel in der Ausgabe der Kleinen Zeitung vom 6.12.1992 betreffend ihr privates Grundstücksgeschäft mit Magistratsdirektor Dr. Katholnig vorgesprochen. Sie brachte dabei aus eigenem Antriebe im wesentlichen vor, daß sie kein Interesse an dieser Zeitungsgeschichte gehabt hätte und daß diese auch nicht von ihr in irgendeiner Weise initiiert oder vorangetrieben worden sei. Aus ihrer Sicht bestehe auch für den Bürgermeister als Chef des Magistrates in dieser Angelegenheit kein Handlungsbedarf. Frau Kada betonte ausdrücklich, daß dieser Zeitungsartikel nicht 'ihr Niveau' sei. Sie habe sich auf Grund dieses Zeitungsartikels veranlaßt gefühlt, diese ihre Haltung dem Bürgermeister der Stadt Villach persönlich zur Kenntnis zu bringen."

Bürgermeister Manzenreiter teilt mit, daß es sich hiebei um ein privates Grundstücksgeschäft handelt, und appelliert an das Rechtsempfinden des Gemeinderates. MD Dr. Katholnig hat ihn in dieser Frage gerade kontaktiert und gebeten, umgehend die Disziplinarkommission einzuberufen. Er wird seinem Wunsch nachkommen und bittet daher, nachdem der Antrag damit erledigt ist, von einer weiteren Behandlung abzusehen.

Frau Gemeinderätin Rettl meldet sich zu Wort, nachdem diese Sache in der Kleinen Zeitung mehrmals groß aufgemacht war und einige Vorgänge ungeklärt sind. Da es sich dabei immerhin um den höchsten Beamten unserer Stadt handelt, hätte sie sich erwartet, daß in den Mitteilungen des Bürgermeisters vorweggenommen bereits eine Auf-

klärung darüber stattfinden würde. Da dies nicht der Fall war, sah sich die FPÖ-Fraktion veranlaßt, einen Antrag auf Klärung dieser Angelegenheit zu stellen. Wenn jedoch MD Dr. Katholnig selbst den Wunsch auf Überprüfung geäußert hat, zieht die FPÖ-Fraktion ihren Antrag selbstverständlich zurück.

Bürgermeister Manzenreiter führt dazu aus, daß Frau Kada aus eigenem zu ihm gekommen ist, um einen dringenden Termin gebeten hat und er mit ihr gesprochen hat. Den Inhalt des Gespräches hat er dem Gemeinderat jetzt vermittelt, und es hat daher für ihn keinerlei Anlaß gegeben, in dieser Frage den Gemeinderat zu befassen. MD Dr. Katholnig war nicht als Besitzer in dieses Grundstücksgeschäftes involviert, sondern hat lediglich für Verwandte einen Vertrag erstellt. Bezüglich der Äußerung, daß die Sache nicht aufgeklärt worden sei, ist zu sagen, da es sich dabei um eine privatrechtliche Frage handelt, mit der der Gemeinderat nicht zu befassen ist. Es wäre immerhin möglich gewesen, zum Telefon zu greifen und Herrn MD Dr. Katholnig zu befragen, wenn man es ernst gemeint hätte. MD Dr. Katholnig hat Frau Kada über seinen Rechtsanwalt bereits im Jahre 1986 schriftlich aufgefordert, ordentliche Gerichte zu befassen, wenn sie glaubt, daß in diesem privaten Rechtsgeschäft etwas nicht in Ordnung ist. Frau Kada ist dieser Aufforderung nicht nachgekommen. In den Gemeinderat ist die Sache nicht von der Kleinen Zeitung getragen worden, sondern von den Antragstellern - und wenn man nun beginnt, Legislative und Exekutive zu vermengen, so wird das vielleicht irgendeinmal auf jene zurückfallen, die diese Spielchen treiben.

Da nunmehr keine weiteren Anträge mehr vorliegen, dankt Bürgermeister Manzenreiter für die rege Mitarbeit, wünscht frohe Weihnachten und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 20.25 Uhr

Der Protokollführer:

(Eva Lambrecht)

Der Bürgermeister:

(Helmut Manzenreiter)

Der Protokollprüfer:

(GR Christian Luser)

(GR Heimo Schlosser)